

II-10416 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIPL.-ING. DR. FRANZ FISCHLER
BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

WIEN, 6. Juli 1993
1012, Stubenring 1

Zl.10.930/57-IA10/93

4748/AB

1993 -07- 06

zu 4813 /J

Gegenstand: Schriftl.parl.Anfr.d.Abg.z.NR Dr. Keppelmüller
und Kollegen, Nr. 4813/J vom 6. Mai 1993 be-
treffend die Umweltpolitik der Bundesregierung

An den

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz Fischer

Parlament

1017 W i e n

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie bei-
geschlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten

Dr. Keppelmüller und Kollegen vom 6. Mai 1993, Nr. 4813/J, be-
treffend die Umweltpolitik der Bundesregierung, beehre ich mich
folgendes mitzuteilen:

Bevor ich auf die Beantwortung Ihrer Fragen näher eingehe, darf ich
festhalten, daß die umweltrelevanten Aktivitäten des Bundesmini-
steriums für Land- und Forstwirtschaft angesichts der Vielzahl der
Maßnahmen und der Fülle von Projekten nur beispielhaft aufgezählt
werden können. Die Höhe des Erfüllungsgrades umweltpolitischer Maß-
nahmen ist weniger in Leistungseinheiten, sondern vielmehr nach der
Auswirkung der einzelnen Maßnahme auf die Umwelt zu quantifizieren
und zu qualifizieren.

- 2 -

Zur Beantwortung Ihrer Fragen im einzelnen:

Zu den Fragen 1 bis 3:

A) BEREICH LANDWIRTSCHAFT

Das Konzept der ökosozialen Agrarpolitik, das seit 1987 mit internationaler Vorbildwirkung realisiert wird, sieht eine schwerpunktmäßige Berücksichtigung von ökologischen Kriterien vor.

Vorrangig behandelt werden Initiativen zum Schutz des Bodens. Obwohl die rechtliche Zuständigkeit grundsätzlich bei den Ländern liegt, wird auf Basis der im Jahr 1989 geschaffenen Bodenschutzkonzeption an einem österreichweit einheitlichen Bodenzustandskataster gearbeitet. Einen wesentlichen Beitrag zu Bodenschutzfragen leistet der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ins Leben gerufene Fachbeirat für Bodenfruchtbarkeit und Bodenschutz, dessen Aufgabe die Erarbeitung von Grundlagen für die sachgerechte Düngung unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten des Bodenschutzes und unter Ausgleich der Interessen der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft ist. Die erarbeiteten Düngungsrichtlinien stellen die Basis für die Beratung, für die Industrie und für den Handel dar.

Auch die Bundesanstalten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft befassen sich schwerpunktmäßig mit der Erarbeitung von Grundlagen zum Schutz des Bodens. Über die zahlreichen umweltrelevanten Aktivitäten dieser Dienststellen und auch anderer Stellen, welche im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft Forschungsprojekte durchführen, an dieser Stelle zu berichten, würde den Rahmen dieser Anfragebeantwortung sprengen. Ich darf daher auf den kürzlich publizierten Forschungsbericht 1992 verweisen, der auch den Parlamentsklubs der im Nationalrat vertretenen Parteien zugegangen ist.

- 3 -

Die Agrarförderung wurde sowohl hinsichtlich des Zieles 'Sicherung bäuerlicher Einkommen' als auch mit Zielrichtung 'verstärkte Berücksichtigung ökologischer Kriterien' ausgebaut. Als wichtigste einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen sind anzuführen:

	1991		1992	
	Zahl der Betriebe	Betrag in Mio. S	Zahl der Betriebe	Betrag in Mio. S
Bergbauernzuschuß	86.000	927,9	85.700	920,2
Mutterkuhhaltung	3.480	190,1	16.520	225,6
Mutterschafhaltung	3.735	24,2	4.764	32,7
Grünbrache	9.086	171,2	19.928	474,9
Alternativkulturen	46.980	1.592,0	61.694	2.391,3
Fruchtfolgeförderung	-	-	199.393	1.027,5
Biobauernförderung	1.170	19,3	5.780	100,4

Der Budgetaufwand für diese Förderungen im Jahre 1992 (ohne Berücksichtigung der Fruchtfolgeförderung, die erstmals 1992 durchgeführt wurde) wurde fast um die Hälfte angehoben (um rund 1,2 Milliarden Schilling mehr gegenüber dem Jahre 1991).

Neben diesen Förderungsmaßnahmen, die betriebliche Aspekte und ökologische Kriterien beinhalten, wurden erstmals im Jahr 1992 "Ökologieprojekte von regionaler Relevanz" gefördert, mit denen Getreide- und Maisflächen aus der Produktion genommen und für Ökoverbundsysteme zur Verfügung gestellt werden.

Auch im Rahmen der Förderung von Investitionen haben einzelne Maßnahmen einen besonderen Umweltbezug, wie etwa die Förderung umweltgerechter Düngerlagerstätten, die Unterstützung besonders tierfreundlicher Haltungsformen, die Schaffung und Erhaltung von ökologisch wertvollen Flächen im Rahmen der 'Agrarischen Operationen', die Förderung der Energie aus Biomasse sowie anderer Energiealternativen und qualitätsverbessernder Maßnahmen in der pflanzlichen Produktion.

- 4 -

Im Bereich der Beratung wurden Themen mit Umweltbezug schwerpunktmäßig behandelt:

Beratungsbeiträge mit Umweltrelevanz

- * Bodengesundheit
- * Tagungsbericht: "Ökoleistungen der Landwirtschaft"
- * Kostengünstige und besonders tierfreundliche Neu- und Umbaulösungen für Rinder- und Schweineställe
- * Grundwasserschutz in der Praxis
- * Lysimetertagung in Gumpenstein
- * Bodenverlust durch Wasser-Strategien zum Erkennen und Vermeiden
- * Gezielter Betriebsmitteleinsatz (Vermeidung von Nitrateintrag); Landwirtschaftlicher EDV-Ackerschlagkarteivergleich
- * Landjugendlehrbriefe:
 - Saubere Wäsche - Gesunde Umwelt
 - Gefährliche Stoffe im bäuerlichen Betrieb
- * Landjugendschwerpunktthema 1992
Umwelt-Mitwelt
- * Biogene Abfälle und ihre Behandlung im Rahmen der Kreislaufwirtschaft.

Weiters wurden durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eine Vielzahl von Beratungsveranstaltungen mit Umweltrelevanz, die von Landwirtschaftskammern veranstaltet wurden, finanziell unterstützt.

Außerdem wurden eine Reihe von Veröffentlichungen mit Umweltbezug im Rahmen der Ressortzeitschrift "Förderungsdienst" als "Förderungsdienst-SPEZIAL" herausgebracht, wie

- * Forschungskolloquium 'Biologischer Landbau'
- * Wirtschaftsdünger - Richtige Gewinnung und Anwendung
- * Grundwassersanierung und Nitrat

- 5 -

- * Flächenhafte Nitratbelastung des Grundwassers
- * Abwasserreinigung und Klärschlamm Entsorgung
- * Schwermetalltransfer in der Nahrungskette
- * Pflanzenbauliche Bewertung des Wirtschaftsdüngerstickstoffs sowie zahlreiche Beiträge "Neues aus den Bundesanstalten" etc.

Auch im Rahmen internationaler Organisationen wird das Thema "UMWELT" nicht zuletzt aufgrund österreichischer Initiativen zunehmend in den Vordergrund gestellt. Österreich bemüht sich zum Beispiel im Rahmen der globalen Aktivitäten der UNCED, nimmt an den ECE-Arbeitsgruppen teil (z.B. zum Thema "Wasserbeeinträchtigung durch landwirtschaftliche Aktivitäten") und arbeitet bei der OECD-Arbeitsgruppe "Nachhaltige Landwirtschaft" sowie bei den regionalen CEI-Umweltthemen mit.

Der nach dem Konzept der ökosozialen Agrarpolitik eingeschlagene Weg, die Politik den ökologischen Erfordernissen anzupassen, wird weiter verfolgt. Schwerpunkte in dieser Richtung werden sein:

- * Weiterer Ausbau der Direktzahlungen und Förderungen mit ökologischen Auflagen
- * Weitere Verbreitung umweltfreundlicher Produktionsweisen
- * Fortsetzung des Vollzuges der einschlägigen Gesetze (Wasserrechtsgesetz, Pflanzenschutzmittelgesetz etc.)
- * Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis
- * Einbeziehen der Praktiker bei der Umsetzung einer umweltfreundlichen Agrarpolitik, z.B. Abhaltung der Enquete "Leistungsvielfalt der Land- und Forstwirtschaft - Bewertung und Abgeltung".

B) BEREICH FORSTWIRTSCHAFT

* Erhebung des Waldzustandes

Gemäß dem forstgesetzlichen Auftrag wird der Waldzustand und dessen Entwicklung auf verschiedene Arten im Rahmen der Großrauminventuren (Bioindikatornetz, Waldschaden-Beobachtungssystem, Österreichische

- 6 -

Waldinventur) bundesweit erhoben, um Trends und Schwerpunkte von Belastungsgebieten als Hilfe für forstpolitische Entscheidungen zu erfassen. Die Monitoringprogramme liefern jährlich aktuelles Datenmaterial über die Belastungssituation und die Zustandsentwicklung der Wälder.

Insbesondere erwähnt sei die im Rahmen des Waldschaden-Beobachtungssystems durchgeführte Waldbodenzustandsinventur, mit der nunmehr ein Instrument zur Erfassung der umweltbedingten Veränderungen von Waldböden vorliegt. Erste diesbezügliche Ergebnisse wurden 1992 veröffentlicht (vgl. WALDBODENBERICHT, Mitteilungen der Forstlichen Bundesversuchsanstalt, Wien, Österreichischer Agrarverlag, Band 168/I und 168/II/92). Mit diesen Aktivitäten hat Österreich im Bereich Waldbodeninventuren nunmehr eine europaweit anerkannte Vorrangstellung und Kompetenz übernommen, was sich auch in verstärkten Kooperationen Österreichs auf internationaler Ebene widerspiegelt.

* Forschungs- und Versuchswesen

Aus dem Bereich der Waldschadensforschung kommen Anhaltspunkte zur Schadensbekämpfung und Daten zur Umsetzung auf umweltpolitischer Ebene.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft beteiligt sich durch Vergabe entsprechender Forschungsaufträge am Forschungsprogramm der Forschungsinitiative gegen das Waldsterben. Im Rahmen des Programmes werden für repräsentative Waldgebiete Österreichs, auf Fallstudienbasis, und aufbauend auf einer vorangegangenen eingehenden Analyse der die Waldökosysteme belastenden Stressoren, Strategien für eine Revitalisierung und Sanierung der destabilisierten Waldökosysteme entwickelt.

Im Bereich der waldökosystemaren Studien (Achenkirch, Zillertal) werden schwerpunktmäßig immissionsökologische Untersuchungen zu verschiedenen Fragestellungen der Pflanzenphysiologie (etwa Luft-

- 7 -

schadstoffbelastung der Waldökosysteme, Eintrag und Umsatz langzeitwirksamer Luftschadstoffe, Bildung von Hydroperoxiden in Pflanzenorganen während Ozonepisoden, Aufnahme- und Entgiftungsmechanismen in den Vegetationsorganen) betrieben.

Weitere Aktivitäten im Bereich des Forschungs- und Versuchswesens:

- finanzielle Mitbeteiligung des BMLF am Forschungsprogramm POP-Pannonisches Ozonprojekt (Zusammen mit BMUJF (Federführung), dem BMWF und diversen Bundesländern),
- Mitarbeit der Forstlichen Bundesversuchsanstalt am EG-Forschungsprojekt STEP (EG-Umweltforschungsprogramm) Integralprojekt "Ökologie und Bewirtschaftung alpiner Ökosysteme",
- Kooperation der Forstlichen Bundesversuchsanstalt mit dem Umweltbundesamt (Integrated Monitoring).

* Forstliche Raumordnung

- 2 Enqueten (1991 und 1992) zum Thema der Trennung von Wald und Weide - vor allem im Hinblick auf eine Entlastung der Berg- und Gebirgswälder
- 1 Enquete zum Thema Forstliche Raumplanung (1992)

* Schutzwaldsanierung

Die Landeskonzepte zur Verbesserung der Schutzfunktion der Wälder sind in Ausarbeitung bzw. stehen vor ihrer Beendigung (Steiermark und Tirol). Im pannonischen Osten (speziell NÖ.) wurde in den letzten beiden Jahren verstärkt die Sanierung von alten, nicht mehr funktionstüchtigen Windschutzanlagen in Angriff genommen.

Ein Pilotprojekt hat die Wiederherstellung von Kiefernwäldern, die durch das Triebsterben, Trockenheit und Umweltverschmutzung in ihrer Vitalität stark beeinträchtigt sind, zum Ziel.

* Waldbodeninventur

1992 wurden die Ergebnisse der österreichweiten Waldbodeninventur in einem zweibändigen Werk durch die Forstliche Bundesversuchsanstalt veröffentlicht. Hierin wird Auskunft über den Nährstoffgehalt sowie über die Gefährdung der Böden speziell durch Schwermetalle wie Cadmium und Blei gegeben.

Die Arbeitsgruppe "Forst" des Fachbeirates für Bodenfruchtbarkeit und Bodenschutz wird, nachdem bereits die Beratungsbroschüren "Die Düngung im Wald", Teil 1, "Grundsätze zur Waldbodensanierung und Walddüngung", "Die Düngung im Forstgarten" und "Düngung von Energieholzkulturen" erschienen sind, voraussichtlich bis Jahresende die "Düngung im Wald", Teil 2, veröffentlichen. In diesem Druckwerk sind die modernen Erkenntnisse über die Düngung im Wald verarbeitet worden. Weiters befindet sich die Publikation "Bestandesdüngung in Österreich", ein Überblick über die in Österreich bereits auf diesem Gebiet getätigten Maßnahmen, in Druckvorbereitung.

* Mischwaldbegründung

Nach den verheerenden Stürmen im Frühjahr 1990, sowie nach der im Vorjahr aufgetretenen Borkenkäferkalamität, sind vermehrt Initiativen zur Mischwaldaufforstung gesetzt worden. In der Beratung erfolgte eine Schwerpunktsetzung auf die Begründung stabiler, gemischter, laubholzreicher Bestände.

* Generhaltungsprogramm

Im Rahmen dieses Programmes werden Erhaltungsbestände, die zur Sicherung des Verjüngungspotentials naturnaher Waldgesellschaften dienen, erhoben. Bis Jahresende 1992 wurden insgesamt 1823 ha Erhaltungseinheiten in 53 Betrieben, vornehmlich in Kärnten, in eine Zentraldatei aufgenommen. Im Zuge der waldbaulichen Betreuung werden für diese Bestände Vorschläge zur Sicherung von Verjüngungsmaßnahmen ausgearbeitet, deren Umsetzung mit Förderungsmitteln unterstützt wird.

- 9 -

Zur heterovegetativen Vermehrung ausgewählter Individuen werden Erhaltungs- und Samenplantagen angelegt, wobei "Bundesplantagen", an der Bundesversuchswirtschaft Königshof und auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig im Ausmaß von 39 ha, "Landesplantagen" in Niederösterreich, Steiermark, Oberösterreich und Vorarlberg im Ausmaß von 18,7 ha, zusammen also 58 ha installiert wurden.

* Ausstellung "Eichenwald"

Im Niederösterreichischen Landesmuseum wurde eine in Zusammenarbeit mit der Forstlichen Bundesversuchsanstalt vorbereitete Ausstellung "Eichenwald - ein Lebensraum mit Zukunft?" eröffnet.

* Wildbach- und Lawinenverbauung

Die Anzahl der sogenannten flächenwirtschaftlichen Projekte zur Sanierung von Wäldern mit Schutzwirkung in Einzugsgebieten von Wildbächen und Lawinen wurde stark erhöht. Mit Stand Ende 1992 sind 277 Projekte dieser Art mit einer Gesamtprojektsumme von nahezu 2,8 Milliarden Schilling, davon etwa 1,8 Milliarden Schilling Bundesmittel, angelaufen. Ein Großteil dieser Sanierungsmaßnahmen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Landesforstdiensten und Landeskammern für Land- und Forstwirtschaft. Die Dringlichkeitsreihungen hiezu werden auf Basis der Schutzwaldsanierungskonzepte der Länder in Landesförderungskonferenzen erarbeitet.

Erarbeitung von verbesserten Erhebungs- und Auswerteverfahren im Bereich der Früherkennung von Naturraumgefahrenpotentialen im Bergland. Neben der laufenden Intensivierung der Luftbildanalyse im Rahmen der Regional- und Detailplanungen wurde im Jahre 1989 mit dem Aufbau eines geographischen Informationssystems begonnen, in welches sukzessive das Datenmaterial des Wildbach- und Lawinenkatasters gemäß Forstgesetz 1975 übergeführt werden soll. Seit Beginn dieser Legislaturperiode sind in diesem wichtigen forstlichen Raumordnungsbereich über 30 Mio. Schilling aufgewendet worden.

- 10 -

Verstärkte Anwendung naturnaher Bautypen bei Verbauungen von Wildbächen. Systematische Sammlung dieser Bautypen zur Herausgabe eines für den Dienstzweig der Wildbach- und Lawinenverbauung verbindlichen Kataloges.

Grundlagenerhebungen und Projektsplanungen für eine erweiterte Pflege und Vergrößerung der Fläche der Uferbegleitwälder.

Ausarbeitung eines Konzeptes und von Pilotprojekten für eine Umweltverträglichkeitsanalyse für Maßnahmen der Wildbach- und Lawinenverbauung.

Weitere Maßnahmen im forstlichen Bereich wurden in dieser Legislaturperiode des Nationalrates gesetzt:

- * Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zwischen Bund und Ländern über Maßnahmen zur Verbesserung der Schutzwirkung des Waldes im Rahmen der 14. Österr. Forstkonzferenz in Zell am See (15. April 1991)
- * Installierung einer ARGE Schutzwald
- * Erlässe zur Erarbeitung der Konzepte für die Verbesserung der Schutzwirkung des Waldes
- * Erstellung der Länderkonzepte
- * laufende Revisionen der Teilpläne des Waldentwicklungsplanes
- * ARGE Wald-Wild; Erstellung eines Maßnahmenkataloges (von seiten der Forstwirtschaft und der Jagd) zur Verminderung der Wildschäden im österr. Wald
- * Mitwirkung bei der Hemerobieerhebung.

Geplant sind für den Bereich Forstwirtschaft:

- * Erlassung der "3. Verordnung über forstschädliche Luftverunreinigungen"
- * Fertigstellung der österreichweiten Erhebungen der Schutzwaldflächen mit Verbesserungsbedarf.

- 11 -

C) BEREICH WASSERWIRTSCHAFT

Nachstehende Durchführungsverordnungen zum WRG wurden erlassen:

- BGBl. Nr. 179/1991, Allgemeine Abwasseremissionsverordnung
- BGBl. Nr. 180/1991, 1. Emissionsverordnung für kommunales Abwasser
- BGBl. Nr. 181/1991, Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Erzeugung von gebleichtem Zellstoff
- BGBl. Nr. 182/1991, Begrenzung von Abwasseremissionen aus Schlachtbetrieben und fleischverarbeitenden Betrieben
- BGBl. Nr. 183/1991, Begrenzung von Abwasseremissionen aus Milchbearbeitungs- und Milchverarbeitungsbetrieben
- BGBl. Nr. 184/1991, Begrenzung von Abwasseremissionen aus Gerbereien, Lederfabriken und Pelzzurichtereien
- BGBl. Nr. 594/1992, Abänderung der 1. Emissionsverordnung für kommunales Abwasser
- BGBl. Nr. 609/1992, Begrenzung von Abwasseremissionen aus Betrieben zur Behandlung und Beschichtung von metallischen Oberflächen
- BGBl. Nr. 610/1992, Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Erzeugung von Papier und Pappe
- BGBl. Nr. 611/1992, Begrenzung von Abwasseremissionen aus grafische oder fotografische Prozesse anwendenden Betrieben

- 12 -

- BGBl. Nr. 612/1992, Begrenzung von Abwasseremissionen aus Textilveredelungs- und -behandlungsbetrieben
- BGBl. Nr. 613/1992, Begrenzung von Sickerwasseremissionen aus Abfalldeponien
- BGBl. Nr. 502/1991, Grundwasserschwellenwertverordnung
- BGBl. Nr. 338/1991, Wassergüte-Erhebungsverordnung gemäß § 3a des Hydrographiegesetzes, BGBl. Nr. 58/1979 i.d.F.d. WRG-Novelle 1990 BGBl. Nr. 252.

Weiters ergingen nachstehende Durchführungsverordnungen zum Hydrographiegesetz:

- Verordnung vom 12.9.1992 über die staatlichen gewässerkundlichen Einrichtungen (für jedes Bundesland wurde eine eigene Hydrographieverordnung erlassen)
- Verordnung vom 2.11.1992 über die von der Wasserstraßendirektion zu betreuenden staatlichen gewässerkundlichen Einrichtungen

Diese vorzitierten Verordnungen vom 12.9.1992 und vom 2.11.1992 wurden durch Auflage beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur öffentlichen Einsicht kundgemacht.

Mit Erlaß vom 3.2.1993, Zl. 15.030/01-I 5/93 wurde ein Prioritätenkatalog betreffend die Abwasserentsorgung herausgegeben. Diesem gingen zahlreiche Informationsveranstaltungen der Obersten Wasserrechtsbehörde voraus.

Wasserwirtschaftliche Veranstaltungen:

- Wasserwirtschaftliche Fachtage, 24. - 25. April 1991, Grundwasser-sanierung bei flächenhafter Nitratbelastung;
- Fachtagung Wasserhaushalt und Gewässergüte der BA für Wassergüte, 6. - 8. Mai 1991;

- 13 -

- Workshop "Zielbestimmung Landwirtschaft - Wasserwirtschaft" am 3. Februar 1993.

Projekte: (Auswahl an umfangreicheren Vorhaben)

- Wassergütererhebung gemäß Hydrographiegesetz, Einrichtung Meßstellennetz für die Wassergütererhebung
Fließgewässer: 250 Meßstellen
Grundwasser: 2000 Meßstellen
Zeithorizont: 1996

Beobachtungen aus Meßstellennetz wurden im 4. Quartal 1991 eingeleitet; dzt. 1000 Grundwasser- und 150 Fließgewässermeßstellen in Beobachtung
- Erstellung des ersten Berichtes über die Ergebnisse der Wassergütererhebung 1991/92
- Projekte zur Qualitätssicherung im Labor und Ringversuche
- Gewässerschutzbericht gemäß § 33e WRG für den Zeitraum 1990 - 1992
- Pilotprojekte zur Grundwassersanierung im Vorfeld des Vollzuges von § 33f WRG Grundwassersanierung
- Neukonzeption der wasserwirtschaftlichen Bundesanstalten, Entwicklung einer neuen Organisationsstruktur
- Projekte zur Behandlung fachlicher Fragen wie insbesondere zur Thematik gewässerökologische Funktionsfähigkeit, Gewässerschutztechnik, gewässerschonende land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung, Erkundung und Schutz maßgeblicher Wasserreserven etc.

- 14 -

Für den Bereich der Wasserwirtschaft sind folgende Maßnahmen geplant:

- Die Verordnung von Immissionswerten für Fließgewässer gemäß § 33d WRG 1959 i.d.F.d. WRG-Novelle 1990, BGBl. Nr. 252
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Abwasserreinigungsanlagen für Einzelobjekte in Extremlage
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Krankenanstalten, Pflegeanstalten, Kuranstalten und Heilbädern (Abwasseremissionsverordnung für den medizinischen Bereich)
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Wasch- und Chemischreinigungsprozessen von Textilien
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Tankstellen und Fahrzeugreparatur- und Waschbetrieben
- Die Überarbeitung der Verordnung über bewilligungspflichtige wassergefährdende Stoffe gemäß § 31a Abs. 3 WRG wird zügig weitergeführt, um den für die Erlassung der Verordnung erforderlichen Abgleich zwischen Umwelt- und Wirtschaftsinteressen sicherzustellen
- Die Erstellung diverser wasserrechtlicher Rahmenverfügungen, wie z.B. betreffend Südliches Wr. Becken, Marchfeld, Pinzgauer Saalachkanal.

Für das Jahr 1993 ist ferner beabsichtigt, nachstehende Entwürfe von branchenspezifischen Abwasseremissionsverordnungen der Begutachtung zuzuführen:

- Verordnung betreffend Abwasser aus Kühlsystemen und Dampferzeugern

- 15 -

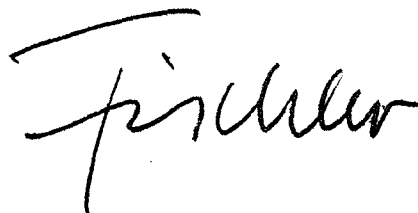
- Verordnung betreffend Abwasser aus Fischproduktionsanlagen
- Verordnung betreffend Abwasser aus der Hefe- und Spirituserzeugung
- Verordnung betreffend Abwasser aus zucker- und stärkeerzeugenden Betrieben
- Verordnung betreffend Abwasser aus Brauereien und Mälzereien
- Verordnung betreffend Abwasser aus der Herstellung von Alkohol und alkoholischen Getränken
- Verordnung betreffend Abwasser aus der Sauergemüseerzeugung
- Verordnung betreffend Abwasser aus der Speiseöl- und -fetterzeugung
- Verordnung betreffend Abwasser aus Obst- und Gemüseveredelungsbetrieben sowie aus der Tiefkühlkost- und Speiseeiserzeugung
- Verordnung betreffend Abwasser aus der Herstellung von Erfrischungsgetränken und der Getränkeabfüllung.

In Vorbereitung befinden sich weiters:

Richtlinien für den Nachweis der Standsicherheit von Staudämmen,
Richtlinien für den Nachweis der Standsicherheit von Talsperren bei Erdbeben sowie Richtlinien für die Bundeswasserbauverwaltung.

Beilage

Der Bundesminister:



BEILAGE**Nr. 4813 N****ANFRAGE****1993 -05- 06**

der Abgeordneten Dr. Keppelmüller
und Genossen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend die Umweltpolitik der Bundesregierung

Sowohl in den Medien als auch von Seiten der Opposition wird verstärkt der Eindruck erweckt, daß im Umweltschutz nichts positives mehr geschieht bzw. daß sogar Rückschritte vorgenommen werden. Da die unterzeichneten Abgeordneten keinesfalls dieser Ansicht sind und zur besseren Information der Öffentlichkeit, richten sie an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft nachstehende

Anfrage:

1. Welche umweltrelevanten Initiativen ihres Ressorts wurden in dieser Legislaturperiode gesetzt (Gesetze, Verordnungen, Projekte, Veranstaltungen)?
2. Welche umweltbezogenen Maßnahmen des Arbeitsübereinkommens der Bundesregierung wurden bereits erfüllt?
Wie hoch würden Sie den ihr Ressort betreffenden Erfüllungsgrad der umweltpolitischen Maßnahmen des Arbeitsübereinkommens ansetzen?
3. Welche umweltrelevanten Initiativen planen Sie noch bis Ende 1994?